

Übersicht  
über  
Anträge  
von Ausschüssen des Deutschen Bundestages über  
Petitionen

nach dem Stande vom 27. Februar 1950

Anträge der Ausschüsse:

A. Ausschuß für Petitionen (6. Ausschuß)

I. die Petition

Nr. 2338 von Andreas Huber in Sulzdorf bei Donauwörth um Berücksichtigung bei der Vergebung der Postagentur dem Bundespostministerium zur Berücksichtigung zu überweisen ;

II. die Petitionen:

1. Nr. 1196 von Hugo Püschel in Ried, Post Lauter (Obb.), um Auskunft wegen seiner Wiedereinstellung bei der Bundesbahn als Spätheimkehrer,
2. Nr. 1308 von der Zollsekretärswitwe B. Brönnner in Wolfsmünster bei Gemünden/Main um Auszahlung der vollen Pension oder Gewährung einer Beihilfe,
3. Nr. 1326 von Hans Timmer in Stuttgart um Anstellung im Justizministerium und Berücksichtigung der Stellenbewerbungen politisch Verfolgter in erster Linie,
4. Nr. 1337 von Otto Krüger in Düsseldorf-Unterrath um Auskunft über eine Unterbringungsmöglichkeit bei einer Behörde,
5. Nr. 1386 von Johann Weninger in Bodenteich um Gewährung einer Studienbeihilfe,
6. Nr. 1439 Eingabe der Reichsbahninspektorswitwe Lucie Neubauer in Todtglüsing, Kreis Harburg, um Wiedergewährung der Pension,
7. Nr. 1599 des Polizei-Vollziehungsbeamten Otto Mosch in Hof a. d. Steinach, Landkreis Coburg, um Wiedereinstellung als Polizeibeamter und bis dahin um Bewilligung des Wartegeldes,
8. Nr. 1823 von Friedrich Schröder in Kiel-Wik um Unterstützung bei der Erlangung einer Beschäftigung,

9. Nr. 1917 von Adam Hechler in Lautern im Odenwald um Hilfe in seiner besonderen Notlage,  
der Bundesregierung zur Erwägung zu überweisen;

III. die Petitionen:

1. Nr. 861 von Magda Semmerau in Fallersleben-Rischfeld um Aufwertung des bei ihrer im Juli 1948 erfolgten Entlassung aus der Internierung erhaltenen Betrages von 3 100 RM,
2. Nr. 1588 von Franz Kriegel in Brakel um Vermittlung einer Beschäftigung,
3. Nr. 1811 von Anton Fischer in Rottenacker/Donau um engere politische Fühlungnahme des Bundes mit Rußland und Lösung von den westlichen Alliierten,

der Bundesregierung als Material zu überweisen;

IV. die Petitionen:

1. Nr. 124 von Hermann Pfeffer in Stuttgart um Freigabe des von der IRO beschlagnahmten Anwesens seiner Eltern in Fellbach,
2. Nr. 580 von Anna Bergmann in Gelsenkirchen-Buer um Erwirkung der sofortigen Durchführung der Verhandlung gegen ihren in einem holländischen Gefängnis schon seit 8 Monaten befindlichen Mann und um dessen Freilassung,
3. Nr. 782 des Landwirts Joh. Heinr. Thomas in Pfaffen-Schwabenheim um Nachforschung nach den Gründen der Festhaltung seines 24 Jahre alten Sohnes in einem französischen Gefängnis,
4. Nr. 785 des Reg.-Oberinspektors Karl Hidding in Dortmund-Aplerbeck um Einstellung bei der Bundesregierung,
5. Nr. 863 von Paul Görlich in Füssen-Alterschoben (Allgäu) um Rettung seiner heimatvertriebenen Familie vor dem Untergang durch Veranstaltung einer Spendensammlung von je 50 Pfg. unter den Bundestagsabgeordneten,
6. Nr. 900 von Franz Koene in Haltern in Westfalen um Ersatz der für den Wiederaufbau seiner Wohnung aufgewendeten Baukosten,
7. Nr. 931 von Käte Pelzer in Königswinter a. Rh. um Erwirkung der Rückkehr ihres zu 8 Jahren Zwangsarbeit verurteilten Mannes aus der Kriegsgefangenschaft,
8. Nr. 936 von Gotthard Kneifel in Gelsenkirchen-Resse um Anerkennung seines Anspruchs auf Gehalt oder Vergütung als techn. Angestellter des Kriegsmarinearsenals in Kiel mit Stellungnahme der Bundesregierung,
9. Nr. 963 des Textil-Ingenieurs Ernst Schlosser in Oldenburg/Holstein um Berücksichtigung seiner Person bei der Neuerrichtung von Handelsvertretungen nach dem Balkan,
10. Nr. 984 des Rektors i. R. Josef Sasse in Lippstadt um Bereinigung seiner Wohnungsangelegenheit,
11. Nr. 1143 von Anna Heidemann in Hülsten, Kreis Borken i. Westf., betr. Beschwerde gegen das Amtsgericht in Borken

- wegen Verzögerung der Entscheidung bezüglich der Übergabe des elterlichen Hofes an die Gesuchstellerin,
12. Nr. 1291 von L. Kolodzy in Bremen um Wiederaufnahme des Strafverfahrens gegen ihn,
  13. Nr. 1301 von Alfred Hoppe in Kaesfeld, Kreis Borken in Westfalen, um Anstellung bei einer staatlichen Behörde,
  14. Nr. 1306 von Fritz Meyer in Stühren, Kreis Grafschaft Hoya, um Erwirkung der Erlangung des Führerscheines der Klasse III — Personenwagen,
  15. Nr. 1330 von Kurt Schmitz in Sudheim über Northeim um Wiederverwendung im öffentlichen Dienst,
  16. Nr. 1342 von Max Hiltz in Klingenbrunn, Kreis Grafenau (Bayer. Wald), um Anstellung im Behördendienst, nach Möglichkeit bei der allgemeinen Landpolizei, Kriminalaußendienst,
  17. Nr. 1374 von Gerda Kappes in Gemelkofen, Post Neufahren, (Nd. Bay.) um Behebung der großen Notlage ihrer 7-köpfigen Familie durch eine Spendensammlung von 50 Pfg. unter den Bundestagsabgeordneten,
  18. Nr. 1380 des Studienrats Karl Bosch in Ravensburg um Abhilfe seiner Notlage,
  19. Nr. 1383 von Karl Florack in Baesweiler bei Aachen um Gewährung der Hausrats- und Wirtschaftsbeihilfe,
  20. Nr. 1412 von Georg Schwoppe in Blexen um Prüfung der Vorgänge zu seinem Antrag auf Bewilligung der Hausratshilfe,
  21. Nr. 1444 von Bärbel Junius in Iserlohn in Westf. um Auskunft über die Möglichkeit der Ansässigmachung eines Engländers (Zivilist) in Deutschland,
  22. Nr. 1459 von Heinrich Mertens in Heppenheim um Wiedereinstellung beim Landratsamt Heppenheim und Gewährung einer kleinen Beihilfe für seine vier kleinen Kinder,
  23. Nr. 1478 von Marta Graupe in Minden in Westfalen um Behebung ihrer großen Notlage durch Gewährung einer kleinen Spende von den Diäten der Abgeordneten,
  24. Nr. 1482 von Otto Vick in Westland/Sylt um Anstellung bei einer Dienststelle für den Wiederaufbau,
  25. Nr. 1510 von Ernst Backhausen sen. in Hitzacker/Elbe um Unterstützung zur Erreichung der Genehmigung der Auszahlung der ihm aus dem Saargebiet zustehenden Pension von monatlich 81,— DM,
  26. Nr. 1513 von Klara Hausel in Salchendorf bei Neunkirchen, Kreis Siegen, um Erwirkung der Schulgeldbefreiung für ihre beiden Söhne,
  27. Nr. 1530 von Peter Heinen in Obspringen über Haaren bei Heinsberg (Kreis Geilenkirchen) um Gewährung eines Zuschusses zur Behebung seiner Notlage als Flüchtling,
  28. Nr. 1540 von Matthias Schäfer in Werdohl um Vermittlung einer seiner Körperverfassung entsprechenden Arbeit,
  29. Nr. 1566 von Hermann Neuser in Breckerfeld/Westf., Ennepe-Ruhr-Kreis, um Anstellung als Vermessungstechniker bei einer staatlichen Behörde,

30. Nr. 1585 von Franz Drehhorst in Herten i. Westf. um Vermittlung einer Anstellung und Gewährung einer Geldspende zur Anschaffung von notwendigen Kleidungsstücken,
31. Nr. 1593 von Josef Pelmer in Kaldenkirchen/Rhld. um Gewährung der Sofort- und Hausratshilfe,
32. Nr. 1613 von Johann Kerzel in Katlenburg, Kreis Northeim (Hannover) um finanzielle Hilfe aus einer außergewöhnlichen Notlage,
33. Nr. 1615 von Frau Paula Kill in Gelsenkirchen-Buer um Weitergewährung eines seit 1945 gesperrten Zuschusses anstelle der früheren Tropenzulage an ehemalige Kolonialbeamte,
34. Nr. 1619 von Frieda Garbe in Balde, in Westf. um Auszahlung der Soforthilfe,
35. Nr. 1626 von Margarete Langerhans in Hamburg-Berge-dorf um Wiedergewährung einer Pension, deren Auszahlung wegen Zugehörigkeit zur NSDAP gesperrt wurde,
36. Nr. 1633 von Wilhelm Jökel in Kahl/Main um Ausgleich eines Härtefalles, hervorgerufen durch einen Angehörigen der Besatzungsarmee,
37. Nr. 1644 von Heinz Brehm in Meinerzhagen um Beschaffung eines Arbeitsplatzes,
38. Nr. 1649 von Hugo Klemme in Dortmund um Wiedereinstellung in den Feuerlöschdienst der Stadt Dortmund,
39. Nr. 1669 des Dekans der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Landesuniversität in Münster in Westf. um Erwirkung eines Zuschusses zur Drucklegung eines wissenschaftlichen Werkes des verstorbenen Professors Ernst Jacobi,
40. Nr. 1576 des Verwaltungsinspektors Gustav Thomi in Bernkastel-Kues um Wiedereinstellung als Beamter,
41. Nr. 1703 von Erwin Heller in Fürth i. Bay. betr. Beschwerde gegen den abweisenden Beschluß des Soforthilfeausschusses Fürth i. Bay.,
42. Nr. 1725 von Erich Well in Burg a. F. um Einstellung in den Verwaltungsdienst des Bundes,
43. Nr. 1728 des Oberlehrers i. R. Bruno Zwiener in Inzell/Obb. um eine einmalige Entschädigung als Wiedergutmachungsleistung,
44. Nr. 1741 des Nachrichten-Pressedienstes der VVN in Düsseldorf um Hilfe für den wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten ehemaligen KZ-Insassen Willy Giersch in Belgien,
45. Nr. 1744 von Ferdinand Morschel in Köln-Ehrenfeld um Anerkennung seines Rentenanspruchs durch die Berufsgenossenschaft,
46. Nr. 1748 von Gerhard Menzel in Wagenfeld-Haslingen, Kreis Grafschaft Diepholz/Bez. Bremen, um Vermittlung eines Arbeitsplatzes in der Verwaltung,
47. Nr. 1767 von Wilhelm Rader in Hachem, Kreis Arnberg, um Unterstützung bei der Erlangung eines Wegerechtes zur Baustelle,

48. Nr. 1783 von Ernst Behler in Hagen-Haspe um Nachforschung nach dem Verbleib des in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Soldaten Erich Riese,
  49. Nr. 1797 von Frau Lise Eybe in Rendsburg um Freilassung ihres von Polen mit seinem Kutter zurückgehaltenen Sohnes aus Pillau,
  50. Nr. 1805 von Ernst Dörner in Rimpf bei Würzburg um Wiedereinstellung in den Kriminalpolizeidienst,
  51. Nr. 1808 von Hans Poerschke in Bodenteich um Vermittlung eines Arbeitsplatzes,
  52. Nr. 1885 von Klaus Schmitt in Wiesbaden um Verwendung im Betreuungsdienst für Kriegsgefangene,
  53. Nr. 1890 von Carl Meerkötter in Dortmund um Verwendung für seinen in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Sohn, der wegen Kartoffeldiebstahls zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden ist,
  54. Nr. 1923 von Richard Daubach in Hübingen bei Montabaur/Westerwald um Unterstützung insbesondere bei der Beschaffung eines Arbeitsplatzes als Heimkehrer,
  55. Nr. 2075 von Berthold Becker in Schatensen, Kreis Uelzen, um Unterstützung bei der Umsiedlung seiner Familie aus dem Gebiet östlich der Oder-Neiße,
  56. Nr. 2076 des Bürgermeisters Christian Schiller in Mühlhausen/Gulz, Landkreis Neumarkt/Obpf., um Überprüfung von Strafurteilen wegen grundsätzlicher Flüchtlingsgegnerschaft,
  57. Nr. 2158 von Alfred Schäfer in Holzen über Schwerte um Überprüfung der Verhältnisse beim Wohnungsamt Westhofen-Ruhr, insbesondere im Hinblick auf die Beschlagnahme von Zimmern,
  58. Nr. 2204 von Fritz Erne in Wangen i. Allgäu um Wiedereinstellung im Landesfinanzamtsbezirk Württemberg,
- der Bundesregierung zur weiteren Behandlung zu überweisen;

#### V. die Petitionen:

1. Nr. 254 von Käthe Kupfer in Nürnberg um Auszahlung des Ausweisungsgeldes von 300 DM — hier Entgegennahme des Bescheides der Bundesregierung,
  2. Nr. 606 der Landgerichtsratswitwe Antonia Bock in Bayreuth betr. Beschwerde wegen Nichtgewährung einer Rente bzw. Zuwendung oder Unterstützung aus der Soforthilfe — mit Stellungnahme des Bundesministers der Justiz —,
  3. Nr. 644 des Justizinspektors a. D. Hans Leo Urban in Gut Grünholz, Kreis Eckernförde, um Wiedergenehmigung der Errichtung eines Rechtsbüros und Angleichung der Pensionen für Flüchtlinge an jene der Beamten im Altreich — mit Stellungnahme des Bundesministers der Justiz —
- durch Beschluß der Bundesregierung für erledigt zu erklären;

## VI. die Petition

Nr. 1598 des Oberstudienrats i. R. C. F. Romberg in Nordenau über Schmallebenberg um Erlaß eines Gesetzes zur Beseitigung der letzten Reste der Entnazifizierung

durch Beschluß des Deutschen Bundestages vom 23. Februar 1950 für erledigt zu erklären;

## VII. die folgenden Petitionen mit den Klammern beigefügten Gründen zur Beratung im Bundestag für ungeeignet zu erklären:

1. Nr. 79 von Ferdinand Gröger in Beihingen um Rückgabe seiner ihm auf behördliche Anordnung weggenommenen 3 Kinder — mit Stellungnahme der Bundesregierung, (nach der Stellungnahme der maßgeblichen Stellen ist die Beschwerde gegenstandslos und ein Eingreifen seitens des Bundestages nicht mehr gegeben),
2. Nr. 85 von Karl Lochbühler in Lützelsachsen a. d. B. um Rückgabe seines Geschäftes in Lützelsachsen, Schadenersatz und Nichtbereitung von Schwierigkeiten bei seiner beabsichtigten Verheiratung — hier Behandlung der Stellungnahme der Bundesregierung, (es handelt sich hier um eine rein zivilrechtliche Sache, für die die Verwaltungsbehörde nicht zuständig ist),
3. Nr. 136 von Joachim Henker in Weissenburg (Bayern) betr. Beschwerde über die Ablehnung seiner Ernennung zum Gerichtsreferendar und Verweigerung des Vorbereitungsdienstes in Bayern, (Weiteres ist nicht zu veranlassen, da der Gesuchsteller inzwischen seine Rechtsansprüche durch eine Klage beim Verwaltungsgerichtshof anhängig gemacht hat),
4. Nr. 254 der ehemaligen Mitarbeiter der Spruchkammer Schwabmünchen betr. Verwahrung gegen die Behandlung der ehemaligen Spruchkammerangestellten als Mitbürger zweiter Klasse und gegen die Zurücksetzung bei der Übernahme in andere Berufe — hier Behandlung der Stellungnahme der Bundesregierung, (den Gesuchstellern ist mitzuteilen, daß sie sich an das bayerische Justizministerium wenden, gegebenenfalls Klage beim Verwaltungsgerichtshof erheben sollen),
5. Nr. 775 von Heinrich Finke in Büde-Ennigloh (Westfalen) um Bestellung eines anderen Liquidators für sein Geschäft, (der Gesuchsteller ist auf den Rechtsweg zu verweisen),
6. Nr. 779 von Johann Jäger in Alstätte, Kreis Ahaus, um Bewilligung eines Darlehens bis zu 4 000 DM zum Wiederaufbau seines Geschäftes - werbender Zeitschriftenhandel -, (der Gesuchsteller dürfte die Unterhalts- und Hausratshilfe inzwischen wohl erhalten haben; wegen des Kredites muß er sich an das zuständige Amt für Soforthilfe oder an die zuständige Kreissparkasse oder an die Landesorganisation der Fliegergeschädigten wenden),
7. Nr. 793 von Fritz-Wilhelm Scheibke in Coburg/Bayern um Anstellung bei der Bundespolizei, (eine Bundespolizei besteht noch nicht; dem Gesuchsteller ist zu empfehlen, sich

an die Innenministerien der norddeutschen Länder und auch an das Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen in München zu wenden),

8. Nr. 824 des Stadtobersekretärs a. D. Paul Kühnert in Mitterteich, Kreis Tischenreuth (Opf.), um Auszahlung der vollen Pension als ehemaliger städtischer Beamter von Breslau, (ein entsprechendes Gesetz ist in Vorbereitung und soll demnächst im Bundestag verabschiedet werden),
9. Nr. 975 von Carla von Reitzenstein in Schleswig betr. Einspruch gegen die Ablehnung ihres Antrages auf Gewährung der Unterhaltshilfe aus der Soforthilfe, (die Gesuchstellerin muß zunächst den Beschwerdeweg bei den zuständigen Behörden beschreiten und es steht ihr frei, im Falle eines negativen Bescheides sich erneut an den Deutschen Bundestag zu wenden),
10. Nr. 1139 des Zugführers der Bundesbahn a. D. Erwin Blume in Jarlingen über Welsrode um Wiedereinstellung bei der Bundesbahn, (für die Regelung derartiger Fälle ist ein Gesetz auf Grund des Artikel 131 des Grundgesetzes in Vorbereitung),
11. Nr. 1191 des ehemaligen aktiven Wehrmachtsbeamten Heinrich Stern in Gensungen betr. Anfrage über die Möglichkeiten der Wiedereinstellung in den Dienst der Bundesrepublik, (der Gesuchsteller hat zur Erfüllung seines Wunsches sich in erster Linie an den Oberfinanzpräsidenten in Kassel zu wenden),
12. Nr. 1232 von Eugen Horstmann in Dortmund um Regelung seiner Mietstreitsache, (der Bundestag ist nicht zuständig),
13. Nr. 1286 von Heinrich Walter in Lippstadt betr. Beschwerde gegen drei Richter des Landgerichtes Paderborn wegen Protokollbeseitigung und Bitte um Rehabilitierung, (bei der gegebenen Sachlage ist ein Eingreifen des Bundestags nicht möglich),
14. Nr. 1307 von stud. phil. Hans Kubatz in Hangelar bei Siegburg um Gewährung einer Unterstützung zur Fortsetzung seines Studiums, (dem Gesuchsteller ist zu empfehlen, sich mit verschiedenen Zeitungen in Verbindung zu setzen),
15. Nr. 1321 von Karl Rettberg in Burgdorf/Hannover um Bewilligung eines Darlehens zum Aufbau einer Existenz, (der Gesuchsteller muß sich wegen eines Darlehens zunächst an das Kreisflüchtlingsamt wenden),
16. Nr. 1337 von Rudolf Erfurth in Odershausen über Bad Wildungen um Vermittlung eines Betriebskredites von 30 00 DM, (der Gesuchsteller soll sich an die Abteilung Gewerbliche Wirtschaft für Neubürger in Wiesbaden, Humboldtstraße 11 a, und gleichzeitig an das Aufbauwerk für Heimatvertriebene in Wiesbaden, Adolfs-Allee 34, wenden),
17. Nr. 1345 des Studienrats a. D. Friedrich Jäger in Gräfel-fing bei München um Gewährung der seit Februar 1945 ausstehenden Pension, (bezüglich der Pensionsregelung ist ein entsprechendes Gesetz nach Artikel 131 des Grundgesetzes in Vorbereitung; der Gesuchsteller kann die Ausbildungsbeihilfe für seinen Sohn beim Soforthilfeamt des Kreises beantragen),

18. Nr. 1364 des Kriminaloberassistenten i. R. August Rosenkranz in Hohenlimburg um Gewährung einer Entschädigung für den im März 1946 durch die Schuld eines alliierten Kraftwagenfahrers erlittenen Unfall, (der Gesuchsteller muß zur Erlangung einer Entscheidung stichhaltiges Beweismaterial beibringen),
19. Nr. 1373 von Else Bieder in Düsseldorf um Einbeziehung der Straftat ihres Mannes in die Amnestie, (die Eingabe ist durch das inzwischen in Kraft getretene Amnestiegesetz gegenstandslos geworden. Die Gesuchstellerin ist auf das Amnestiegesetz hinzuweisen),
20. Nr. 1390 von Albert Brombacher in Emmendingen (Baden) um Weitergewährung der Versorgungsrente für seine 3 angeheirateten Kinder, (nach dem Gesetz müssen die Kinder die Rente weiterbeziehen und der Gesuchsteller muß bis zur Regelung dieser Angelegenheit sich noch gedulden),
21. Nr. 1407 von Wilhelm Kubinski in Herne in Westfalen um ungekürzten Weiterbezug seiner Knappschaftsrente, (das Knappschaftsgesetz ist der Reichsversicherungsordnung angepaßt und der Gesuchsteller kann somit keinen weiteren Anspruch stellen),
22. Nr. 1437 von Paul Nillers in Bokum-Hövel, Bez. Münster, um Befreiung seines Sohnes von der Verpflichtung zur Zahlung von Alimenten, (nach den gesetzlichen Bestimmungen kann der Sohn von der Alimentenzahlung nicht befreit werden),
23. Nr. 1454 von Alfred Hentschel in Mausbach über Olpe in Westfalen um Vermittlung einer Arbeit, (der Bundestag kann keine Arbeit vermitteln; dem Gesuchsteller ist zu empfehlen, das Arbeitsamt immer wieder in Anspruch zu nehmen),
24. Nr. 1463 von Elsa Mücke in Bremen um Auskunft über die Eigenschaft als Flüchtling für sie, ihren Mann und Sohn und über die Gewährung einer Pension für ihren Mann als ehemaligen Beamten der Deutschen Bank, (die Gesuchstellerin kann, falls sie 1942 in Berlin abgemeldet wurde, bei der Stadtverwaltung einen entsprechenden Antrag stellen; die Gesuchstellerin muß bezüglich der Pensionszahlung sich an die Nachfolger der Deutschen Bank wenden; die Zuzugsgenehmigung kann nur von der Stadtverwaltung Bremen erteilt werden),
25. Nr. 1467 von Heinz Manz in Mehlsdorf, Post Baienfurt/Württemberg, um Gewährung der Soforthilfe, (eine Hilfe ist nach den gesetzlichen Bestimmungen leider nicht möglich),
26. Nr. 1475 von Georg Potter in Bonn betr. Oberbürgermeisterwahlen in Nordrhein-Westfalen, (der Bundestag ist nicht zuständig),
27. Nr. 1489 von Elisabeth Bierbrauer in Polch bei Mayen um Vermittlung eines Kredits für den Umbau ihres Hauses und für Anschaffung von Maschinen für die Schlosserei ihres Mannes, (die Möglichkeit besteht, im Rahmen der verfügbaren Mittel von der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt a. M. Kredite zu erhalten),
28. Nr. 1496 von Fritz Pöhlmann in Unterrodach bei Kronach (Ofr.) um Erwirkung der Ausstellung eines Auslands-



- passes nach Spanien, (dem Wunsche des Gesuchstellers kann von Deutschland nicht entsprochen werden; zuständig sind die Besatzungsbehörden),
29. Nr. 1505 von Paula Gadebusch in Hamburg um Vermittlung eines Arbeitsplatzes für ihren seit einem Jahr erwerbslosen Mann, (der Bundestag ist nicht in der Lage, Arbeitsplätze zu vermitteln. Der Ehemann der Gesuchstellerin muß sich an das zuständige Arbeitsamt in Hamburg wenden),
  30. Nr. 1506 von Ernst Böntgen in Wuppertal-Cronenberg um
    - a) Prüfung des Gerichtsverfahrens in Sachen der Forderungsklage des ihn behandelnden Dentisten,
    - b) Auskunft, ob ein Hauseigentümer Wassergeld fordern kann, wenn laut Mietvertrag das Wassergeld im Mietzins mit einberechnet ist, (der Gesuchsteller kann wegen Übervorteilung die Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens beantragen und wegen des Wassergeldes sich an das Amtsgericht wenden),
  31. Nr. 1516 von Liane Leyhe in Altenböge um Gewährung einer Altersgrenze auf Grund der Vermögensverluste, (die Gesuchstellerin muß zunächst den Antrag auf Soforthilfe bei ihrer Gemeinde stellen),
  32. Nr. 1524 von Walter Rautenbach in Burg/Wupper um Ersatz des Schadens, der ihm durch den völligen und nicht notwendig gewordenen Abbruch seines teilweise fliegergeschädigten Hauses entstanden ist, (der Gesuchsteller soll seinen Anspruch auf Schadenersatz bei dem kommenden Lastenausgleich anmelden),
  33. Nr. 1536 von Anna Petratschek in Dettenheim über Treuchtlingen (Bayern) um
    - a) Erwirkung der Freigabe ihres in Kriegsgefangenschaft befindlichen Sohnes,
    - b) Gewährung einer Spende zur Beschaffung der nötigen Lebensmittel, (die Eingabe in Punkt a ist durch die Maßnahmen der Bundesregierung zur Rückkehr der noch in Kriegsgefangenschaft und Zivilinternierung befindlichen Männer und Frauen für erledigt zu betrachten und bezüglich des Punktes b ist der Gesuchstellerin zu empfehlen, sich an den Flüchtlingsausschuß und an das Soforthilfeamt ihres Wohnortes zu Unterhaltshilfe zu wenden),
  34. Nr. 1552 von Dr. Hubert Lamprecht in Harpstedt, Bez. Bremen, um Hilfe in seiner durch die Ablehnung seiner Wiederverwendung im öffentlichen Dienst entstandenen Notlage, (über das Vermögen des Reichsnährstandes kann erst dann entschieden werden, wenn seine Blockierung durch die Besatzungsmächte aufgehoben ist),
  35. Nr. 1553 von Heinrich Schwalm in Langenholthausen, Kreis Arnsberg, um zollfreie Behandlung des von seinem Bruder in Amerika als Weihnachtsgeschenk erhaltenen Tabaks -650 g-, (der Gesuchsteller kann zur Herabsetzung des Zolles sich an den Bezirkszollkommissar wenden),
  36. Nr. 1559 des Hilfsaufsehers Anton Poel in Neusustrum, Post Lathen (Ems), um Gewährung eines Darlehens mit möglichst niedrigem Zinssatz zur Durchführung seines Bau-

- vorhabens, (der Gesuchsteller muß wegen seines Bauvorhabens, wenn er es auf gemeinnütziger Grundlage durchführen will, sich an das zuständige Kreisbauamt wenden),
37. Nr. 1569 des ehemaligen Regierungs-Oberinspektors Martin Mohnhaupt in Zusehofen über Appenweiler um Auszahlung des ihm seit 1945 rechtlich zustehenden Wartegeldes, (die Zahlung von Wartegeld ist von der gesetzlichen Regelung und von der Versetzung in den Ruhestand abhängig und diese gesetzliche Regelung wird jetzt vorbereitet),
  38. Nr. 1570 von Frau Agnes Dyllong in Paderborn um Erwirkung des Zuzugs ihrer beiden Töchter aus der Ostzone zu ihr nach Paderborn und Gewährung einer Zuwendung zu ihrer Unterbringung und Betreuung, (das Verfahren bei der Landesversicherungsanstalt läuft noch und deren Entscheidung hat die Gesuchstellerin abzuwarten; wegen des Zuzugs ihrer Kinder soll sie sich an ihr Kreisamt wenden),
  39. Nr. 1577 von Paul Kobrow in Bad Lauterberg/Harz um Gewährung eines Darlehens von 5000 DM zur Gründung eines Kriegsversehrtenorchesters, (der Gesuchsteller muß sich an das Kultusministerium des Landes Niedersachsen wenden),
  40. Nr. 1580 des Ingenieurs H. Herzberg in Wuppertal-Wichlinghausen um Umtausch des ihm am 17. 6. 1948 von Berlin zugesandten, aber durch die Blockade der Russen länger liegengebliebenen Altgeldbetrages von 12 100 RM gegen 786,50 DM in neuer Währung, (es ist keine Möglichkeit gegeben, die bestehenden gesetzlichen Währungsbestimmungen der Alliierten zu Gunsten des Gesuchstellers zu ändern),
  41. Nr. 1587 von Johann Ebers in Riertberg um Wiederanerkennung als politisch Verfolgter, (der Gesuchsteller ist zu verständigen, daß er sich erneut an den Kreis-Soforthilfeauschuß wenden soll),
  42. Nr. 1591 des Beamten der Landesversicherungsanstalt Hannover Ernst Bültmann in Bielefeld um Anrechnung seiner Wehrdienstzeit auf das Besoldungsdienstalder, (ein entsprechendes Gesetz nach Artikel 131 des Grundgesetzes ist in Vorbereitung),
  43. Nr. 1610 von Otto Arndt in Göttingen um Wiedereinstellung in den Polizeidienst oder um Altersversorgung, (ein Gesetzentwurf nach Artikel 131 des Grundgesetzes ist in Vorbereitung),
  44. Nr. 1621 von Michael Buttkus in Padberg, Post Bredelar (Kreis Brilon in Westfalen), um Unterstützung bei der Erlangung einer tariflichen Bezahlung als landwirtschaftlicher Arbeiter, (der Gesuchsteller muß sich in diesem Falle an das Arbeitsgericht wenden),
  45. Nr. 1648 des Justizobersekretärs a. D. Hermann Fr. Lohe in Düsseldorf-Oberkassel um Rückgängigmachung einer Pensionskürzung, (die Festsetzung des Ruhegehalts ist Ländersache; dem Gesuchsteller ist zu empfehlen, Antrag auf Hausrathilfe zu stellen),
  46. Nr. 1651 von Hans Jeromin in Neumünster in Holstein um Anstellung bei der Kriminalpolizei, (eine entsprechende gesetzliche Regelung nach Artikel 131 des Grundgesetzes ist in Vorbereitung),

47. Nr. 1660 von Albert Rickling in Nordhorn um Befreiung vom Lastenausgleich (der Gesuchsteller kann beim örtlichen Finanzamt Stundungsantrag stellen, eine gänzliche Befreiung von dieser Abgabe ist aber nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich),
48. Nr. 1668 des Uhrmachermeisters Wilhelm Wattenberg in Bante bei Laasphe in Westfalen um finanzielle Hilfe und Unterstützung bei seiner Verfolgung von Gehaltsansprüchen gegenüber der Gemeindeverwaltung Eitorf/Sieg, (der Petitions-Ausschuß ist nicht in der Lage, Kredite zu vermitteln; der Gesuchsteller muß beim Arbeitsgericht Klage erheben, wenn er glaubt, einen Anspruch auf Gehalt zu haben),
49. Nr. 1673 von Bernhard Sotter in Berlin-Charlottenburg um Überprüfung eines Strafantrages und Gewährung einer Zahlungserleichterung für Steuerschulden, (der Bundestag kann sich mit Fällen dieser Art nicht befassen),
50. Nr. 1674 des Justizobersekretärs a. D. Oswald Kassner in Nordhorn um Auszahlung seiner vollen Pension und Zahlung der seit Bestehen der Bundesrepublik einbehaltenen 50 <sup>0</sup>/<sub>0</sub> der Pension, (ein entsprechendes Gesetz nach Artikel 131 des Grundgesetzes ist in Vorbereitung),
51. Nr. 1677 von Ernst Fischer in Kl. Rhüden über Seesen-Harz um Unterstützung bei der Verfolgung von Entschädigungsansprüchen aus dem Reichsleistungsgesetz, (es handelt sich um Forderungen aus der Ostzone, auf die das Reichsleistungsgesetz keine Anwendung findet),
52. Nr. 1679 von Rudolf Timmer in Bergisch-Gladbach um Auszahlung einer Soforthilfe, (der Gesuchsteller muß in dieser Angelegenheit sich an das Wohlfahrtsamt wenden),
53. Nr. 1698 von Fritz Ruscheweyh in Hauenhorst über Rheine in Westf. um Vermittlung einer geeigneten Arbeitsstelle, (der Petitionsausschuß hat nicht die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu vermitteln. Der Gesuchsteller muß beim zuständigen Arbeitsamt um Arbeit nachsuchen),
54. Nr. 1715 von M. Kampers in Ibbenbüren i. W. um Auskunft über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Lastenausgleichs, (ein Termin, wann und in welchem Umfang der Lastenausgleich in Kraft tritt, kann noch nicht gegeben werden),
55. Nr. 1745 von Hellmuth Körner in Menden, Kreis Iserlohn i. Westf., betr. Anzeige einer illegalen Westmark-Abgabe nach der Ostzone, (der Bundestag ist hierfür nicht zuständig),
56. Nr. 1760 von Kurt Krietemeyer in Buer i. Westf. um Aufwertung von zwei Reichsschuldverschreibungen zu je 2000 RM, (die Eingabe ist als überholt zu betrachten),
57. Nr. 1781 von Frau Lucy Hermenau in Hammelburg um Auskunft, ob für einen Flüchtling ein Wohnrecht in der freigewordenen Wohnung eines verstorbenen nahen Verwandten besteht, (der Gesuchstellerin kann nach den gesetzlichen Bestimmungen die Wohnung ihrer verstorbenen Schwester nicht zugewiesen werden),
58. Nr. 1782 von Ida Schmale in Hamm in Westfalen um Wiedereinstellung ihres Mannes bei der Bundespost, nachdem die Entlassung aus politischen Gründen erfolgte, (dem Wunsche der Gesuchstellerin kann nicht entsprochen werden),

59. Nr. 1790 von David Rethage in Hamm i. Westf. um baldige Gewährung einer Invalidenrente, (der Gesuchsteller muß sich zunächst an die Ruhrknappschaft Bochum wenden),
60. Nr. 1794 des Rangieraufseheranwärters Heinrich Müller in Munster-Lager um Rückgängigmachung seiner Kündigung bei der Bundesbahn, (dem Gesuchsteller ist zu empfehlen, sich an das Oberverwaltungsgericht in Köln zu wenden),
61. Nr. 1806 von Alfred Blümel in Liedern-Schule über Bocholt i. Westf. um baldige Zuteilung einer Siedlerstelle als heimatvertriebener Landwirt, (der Gesuchsteller ist zu belehren, daß er sich an das Landessiedlungsamt und an die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation in Düsseldorf wenden soll),
62. Nr. 1809 von Karola Keberlet in Baal/Erkelenz um vorzeitige Haftentlassung ihres Mannes Josef Keberlet aus dem Gefängnis im Gnadenwege, (der Gesuchstellerin ist zu empfehlen, ein Gnadengesuch mit den notwendigen Unterlagen beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen einzureichen),
63. Nr. 1815 von Hans Najork in Heidelberg a. N. um eine Einkleidungsbeihilfe als Heimkehrer, (der Gesuchsteller kann bei der zuständigen Stelle die Heimkehrerbeihilfe beantragen),
64. Nr. 1836 des Oberlehrers a. D. Otto Lämmerzahl in Schweinfurt um Regelung seiner Ruhegehaltsbezüge, (ein Gesetzentwurf nach § 131 des Grundgesetzes ist in Vorbereitung),
65. Nr. 1857 von Wilhelm Bräuker in Bad Salzuflen um Begleichung eines Besetzungsschadens aus dem Jahre 1923/24, (dem Wunsche des Gesuchstellers kann nicht entsprochen werden),
66. Nr. 1942 von Wilhelm Auweiler in Altshausen/Württ. um Gewährung einer Rente, (der Gesuchsteller ist darauf hinzuweisen, daß ohne näheren Angaben über seinen vermeintlichen Rentenanspruch eine weitere Bearbeitung nicht möglich ist),
67. Nr. 2099 des Amtrats Ernst Voelk'mann in Heiligenhafen in Holst. um Beendigung des gegen ihn wieder aufgenommenen Entnazifizierungsverfahrens, (es ist nicht möglich, in ein schwebendes Spruchkammerverfahren einzugreifen),
68. Nr. 2100 von Frau Elise Schulte in Eystrup/Weser um Rückgängigmachung eines 1934 erfolgten Grundstücksverkaufs des Eisenbahningenieurs Franz Wittmann, (der Bundestag kann in eine rein zivilrechtliche Angelegenheit nicht eingreifen. Dem Gesuchsteller ist zu empfehlen, sich an die Rechtsauskunftsstelle des zuständigen Amtsgerichts zu wenden),
69. Nr. 2160 von Heinrich Korth in Forsthaus Hubertus, Reblin bei Herscheid über Plettenberg/Westf., um Wiedergutmachung des durch Zwang der NSDAP entstandenen Schadens dahingehend, daß der Verkauf seines Waldgutes rückgängig gemacht, bzw. eine Entschädigung gezahlt wird, (der Gesuchsteller muß seine Rechtsansprüche bei den zuständigen Stellen geltend machen),

70. Nr. 2184 von Herbert Köster in Lemgo-Lippe um Angabe der zuständigen Stellen, bei der eine Bewerbung um Beschäftigung in der zivilen Luftfahrt Aussicht auf Erfolg hat, (zur Zeit kann mit der Errichtung einer deutschen Zivilluftfahrt nicht gerechnet werden),
71. Nr. 2186 von Frau Käthe Reiser in Auerbach, Post Oberaudorf am Inn, um anderweitige Unterbringung eines an offener Tbc leidenden Zwangsmieters und um Auszahlung der ihr zustehenden Pension, (der Gesuchstellerin ist mitzuteilen, daß bezüglich der Pension eine bundesgesetzliche Regelung nach Artikel 131 des Grundgesetzes in Aussicht steht und die Gesuchstellerin wegen der Umquartierung des Einwohners mit Tbc, sich an das staatliche Gesundheitsamt und das Kreiswohnungsamt wenden muß),
72. Nr. 2217 des Bauingenieurs Alfred Heller in Wingshausen, Kreis Wittgenstein/Westf., um Wiedereinstellung in seinem Beruf als Baufachmann, (der Gesuchsteller kann die Soforthilfe in Anspruch nehmen; zur Wiedereinstellung als Baufachmann ist der Ausschuß nicht zuständig),
73. Nr. 2318 von Karl Heinz Adler in Heissum bei Goslar um Hilfe in seiner großen Notlage, (dem Gesuchsteller ist zu empfehlen, sich an das zuständige Fürsorgeamt zu wenden).

#### B. Ausschuß für Finanz- und Steuerfragen (11. Ausschuß)

##### I. Die Petition

Nr. 908 der Union berufstätiger Frauen in Köln-Deutz um Einstufung der unverheirateten berufstätigen Frauen unter 50 Jahren, die eine Hausangestellte beschäftigen, in die Steuergruppe II,

der Bundesregierung als Material zu überweisen;

##### II. die Petitionen:

1. Nr. 952 von Karl Petzold in Frankfurt a. M. um Nichtbesteuerung der Weihnachtsgratifikationen oder nur Belastung des den Mindestsatz übersteigenden Betrages mit einer nicht über 10<sup>0</sup>/<sub>0</sub> hinausgehenden einheitlichen Quote,
2. Nr. 1628 von Dr. Franz Lammers in Köln um Steuer-senkung und Änderung des steuerfreien Satzes für Weihnachtsgratifikationen,
3. Nr. 1983 des Bundesangestellter Akademiker in der Industriegewerkschaft Chemie Rheinland-Pfalz um ländergleiche Behandlung der Beschlüsse des Bundestages hauptsächlich hinsichtlich der Weihnachtsgratifikationen,

durch Beschluß des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuer-gesetzes für erledigt zu erklären;

##### III. die Petitionen:

1. Nr. 348 des Präsidenten des Landtages Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf um Heraufsetzung der Steuerfreigrenze,
2. Nr. 451 von Dr. med. Weber in Kirchen um Berücksichtigung der Alten der freien Berufe bei der Änderung des Einkommensteuergesetzes,

3. Nr. 452 von W. Schmalstieg in Celle um Behandlung von verwitweten Personen bei der Lohnsteuer nicht als ledig, sondern als verheiratet,
4. Nr. 462 der Gaststätte Mark, Inh. Fritz Mark, in Düren/Rhld. um baldmöglichste Herbeiführung einer Steuerreform,
5. Nr. 878 des Maurergesellen Horst Liebetruth in Hagen um Aufnahme einer Bestimmung in dem Lohnsteuergesetz, wonach als Sonderausgaben auch Baraufwendungen (Baumaterialien) zum Auf- oder Ausbau einer Wohnung gelten, soweit dadurch neuer Wohnraum in der Zeit vom 1. Januar 1950 bis 31. Dezember 1952 geschaffen wird,
6. Nr. 1063 von Fritz Schernowski, in Pattensen um Berücksichtigung der Flüchtlingsbelange bei der Steuerreform,
7. Nr. 1168 des Führungskreises des Kath. Männerwerks der Pfarrei Hl. Geist, Köln-Zollstock um Beseitigung der unterschiedlichen Behandlung der Steuerpflichtigen bei Anwendung des § 10 des Einkommensteuergesetzes,
8. Nr. 1170 der Arbeitsgemeinschaft der Weinhändler-Vereinigungen, Sitz Frankfurt/M., um Berücksichtigung ihrer Vorschläge zur Änderung der Bestimmungen in §§ 7e, 10 und 32a des Gesetzentwurfs zur Änderung des Einkommensteuergesetzes,
9. Nr. 1537 von Walter Wietfeldt in Heide/Holst. um Wiederherstellung der einkommensteuerlichen Vergünstigung für die Wiederbeschaffung von Hausrat durch Vertriebene und Bombengeschädigte bei der 3. Steuerreform,
10. Nr. 1640 von Josef Kolvenbach, Wißkirchen, um Berücksichtigung der Witwen mit Kindern bei einer künftigen Steuergesetzgebung,
11. Nr. 1658 von Fritz Hanecke in Goslar um Eingruppierung eines Witwers in Lohnsteuergruppe II,
12. Nr. 1825 von Ernst-Albert Becker in Remscheid um steuerrechtliche Gleichstellung der Lohnsteuerpflichtigen mit den Einkommensteuerpflichtigen hinsichtlich der bar geleisteten Baukostenzuschüsse,
13. Nr. 1685 des Wirtschaftsberaters Dr. jur. Edgar Horn in Kiel um Erhöhung des von der Steuer absetzbaren Betrages für Flüchtlinge mit mehreren Kindern,
14. Nr. 1900 von Erich Eggeling in Hamburg um Ausweitung der Steuerermäßigung auch auf Besatzungsgeschädigte,
15. Nr. 1967 von Erich Eggeling in Hamburg um steuerrechtliche Gleichstellung der Besatzungsgeschädigten mit Flüchtlingen und Bombengeschädigten,
16. Nr. 2058 der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen des Amtes Ochtrup/Westfalen um Herabsetzung der von der Steuer abzugsfähigen Sonderausgaben für Hausrat und Kleidung bei Flüchtlings-, Lohn- und Gehalt empfängern,
17. Nr. 2073 des Postamtmanns J. Schlömann in Dinslaken um Zurückstufung der Witwer über 65 Jahre aus Steuerklasse I in Klasse II,
18. Nr. 2120 von Ernst Brinkmann, in Weinheim um die Möglichkeit für Teilfliegergeschädigte, Ersatzbeschaffungen von Hausrat von der Steuer abzusetzen zu können,

19. 2130 von Fritz Schemonski in Pattensen/L. um Beseitigung der Einschränkung der Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen der Flüchtlinge

durch Beschluß für erledigt zu erklären;

#### IV. über die Petitionen:

1. Nr. 349 des Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen um Aufhebung der Ledigensteuer im Rahmen der Steuerreform,
2. Nr. 530 von B. Wallies, Berlin-Zehlendorf, um Gewährung angemessener Steuerabzüge für die über 60 Jahre alten Personen und Umwertung der Leibrenten auf mehr als 10<sup>0</sup>/<sub>0</sub>,
3. Nr. 589 von Heinrich Schroers sen. in Xanten um Änderung des Verfahrens bei der Erstellung der Einkommensteuernachweise,
4. Nr. 920 des Rechtsanwalts und Notars Ingolf Scherling in Höxter i. W. um Ergänzung des § 26 des Einkommensteuergesetzes durch eine Bestimmung, wonach das Finanzamt auf Antrag getrennte Veranlagung gestatten kann, falls dies aus Billigkeitsgründen gerechtfertigt erscheint,
5. Nr. 948 des Diplom-Volkswirts Dr. Peter Wilhelm Schuster in Frankfurt a. M. um Ausdehnung der Bestimmungen in § 10 Absatz 2 Ziffer 3 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1949 auf Schwerbeschädigte im Sinne des Schwerbeschädigtengesetzes,
6. Nr. 1504 des Rechtsausschusses des Deutschen Frauenrings in Hannover um Abänderung der im § 26 des Einkommensteuergesetzes festgesetzten Zusammenveranlagung der Ehegatten insoweit, als es sich um den Arbeitsverdienst der Frau handelt, die Einkünfte der Ehefrau aus selbständiger wie auch nicht selbständiger Arbeit somit nicht mit den Einkünften des Ehemannes zusammenzurechnen und zu veranlagern, sondern getrennt zu versteuern sind,
7. Nr. 1746 von Heinz Neumann in Kiel um Gewährung von Kindergeld für alle deutschen Kinder,
8. Nr. 1839 von B. Splettstößer in Wuppertal-Elberfeld um Änderung der Steuergesetzgebung dahingehend, daß Beamte, die gleichzeitig Hausbesitzer sind, nur für die Einnahmen aus dem Haus, nicht aber für ihr Gehalt Einkommensteuerpflichtig sind,
9. Nr. 2179 des Dipl. Ing. Georg Prokisch, in Nienburg um Änderung des Einkommensteuergesetzes dahingehend, daß Einkünfte der Ehefrau aus selbständiger und des Ehemannes aus nichtselbständiger Arbeit nicht mehr gemeinsam veranlagt werden,
10. Nr. 2194 von Fr. Bothe in Barsinghausen um Aufnahme eines Härteausgleichsparagraphen in das neue Einkommensteuergesetz ähnlich dem § 46 des Einkommensteuergesetzes vom 27. Februar 1939 und dem § 25 der Durchführungsbestimmungen vom 17. März 1939,
11. Nr. 2493 des Rechtsberater Dr. Heinrich Stäber, Hof a. d. Saale, um Anwendung der Bestimmung in § 3 Ziffer 4 des Einkommensteuergesetzes, wonach Renten aus der Sozialversicherung und Renten auf Grund eines Versicherungsvertrages

bis zu einem Betrag von insgesamt 600 DM jährlich steuerfrei sind, auch auf die Privatrentner,  
zur Tagesordnung überzugehen.

**C. Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
(19. Ausschuß)**

**I. Die Petition**

Nr. 1495 des Rechtsanwalts Justizrat Dr. Georg Nützel in München um Erlaß eines Gesetzes, das die Verwendung von Buttergelb in der Nahrungsmittelindustrie verbietet

der Bundesregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

**II. die Petitionen:**

1. Nr. 1480 von Heinrich H. Menke in Bremen um einen Weg zur Schließung der Erweißlücke und zur gleichzeitigen Sicherung der Milchwirtschaft vor dem Preisdruck aus deutschen und ausländischen Überschüssen,
2. Nr. 1574 von Carl Huntemann in Schwagstorf über Bohmte bei Osnabrück im Namen der Hofpächter dieser Gemeinde um baldigste Änderung der Pachtschutzbestimmungen in dem Sinne, daß für Pachtverträge, die auf unbestimmte Zeit abgeschlossen wurden, ein Zeitpunkt für die Beendigung des Pachtverhältnisses festgesetzt wird,

der Bundesregierung als Material zu überweisen.

**D. Ausschuß für Heimatvertriebene  
(22. Ausschuß)**

**I. Die Petitionen:**

1. Nr. 634 von Richard Trummai in München um Vermittlung einer Stelle als techn. Beamter,
2. Nr. 1330 von Kurt Schmitz in Sudheim über Northeim um Wiederverwendung im öffentlichen Dienst,
3. Nr. 1519 von Willi Fischer in Dahme/Holstein um Beseitigung der unterschiedlichen Behandlung bei der bevorstehenden Umsiedlung von 150 000 Heimatvertriebenen aus Schleswig-Holstein,
4. Nr. 1549 des Hilfsvereins für Kriegsgeschädigte e.V., Kreisverein Pinneberg, um
  - a) Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Schleswig-Holstein und Bereitstellung größerer Kapitalien für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und für den sozialen Wohnungsbau,
  - b) Schaffung eines Flüchtlingsnotgesetzes, Änderung des Mieterschutzgesetzes und schnelle Vermittlung von Flüchtlingskrediten,
  - c) Bereitstellung von Mitteln für die zugelassenen Flüchtlingsorganisationen zur Förderung der sozialen und kulturellen Belange

der Bundesregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;



## II. die Petitionen:

1. Nr. 153 des Kreisflüchtlingsvereins Friesland, Sitz Varel, um eine mindestens 30<sup>0</sup>/<sub>0</sub>ige Berücksichtigung der Ostvertriebenen und Flüchtlinge bei der Besetzung aller planmäßigen und außerplanmäßigen Stellen in den Bundesministerien und den sonstigen neuen Dienststellen der Bundesrepublik,
2. Nr. 303 der Vereinigung der Ostzonengeschädigten und Verfolgten für die Westzone Sitz München um Gleichstellung der geflüchteten Beamten aus der Ostzone in ihren Beamtenrechten auf Wiedereinstellung bzw. Zahlung der vollen Pensionen und Wartegelder,
3. Nr. 825 der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes Sitz Frankfurt a. M. um Gleichstellung der Beamten dieser Kammern aus dem Osten mit den Beamten der Gebietskörperschaften hinsichtlich der Gewährung von Wartegeld und der Regelung ihrer Pensionen,
4. Nr. 1361 von Eduard Flemming in Naila/Ofr. um Übernahme der Versorgungsansprüche der heimatvertriebenen Beamten der Reichswerke — Bergwerksverwaltung Oberschlesien G. m. b. H. in Salzgitter (Harz) (früher Kattowitz OS) — durch die Bundesregierung,
5. Nr. 1497 von Otto Tschardtke in Coburg um Gleichstellung der Heimkehrer aus den abgetrennten Ostgebieten mit den im Bundesgebiet beheimateten,
6. Nr. 1561 der C D U Christlich-Demokratischen-Union, Landesverband Hannover, um Prüfung ihrer Vorschläge zur Lösung eines Teils des Problems der heimatvertriebenen Angestellten im öffentlichen Dienst

der Bundesregierung als Material zu überweisen;

## III. die Petitionen:

1. Nr. 311 von Anna Haß in Hamfelde um Gewährung der Hausrathilfe,
2. Nr. 397 von Max Bindler in Unterlauter bei Coburg um Vermittlung eines Kredits von 3 000 DM zur Begleichung seiner Geschäftsschulden und zur Restzahlung für sein Geschäft (Eiskonditorei) in Berlin

der Bundesregierung zur weiteren Behandlung zu überweisen.

### E. Ausschuß für Beamtenrecht

(25. Ausschuß)

#### I. Die Petition

Nr. 814 des Oberpostinspektors a. D. Max Schweter in Visbeck um Aufhebung der Bestimmung im § 80 Absatz 2 des Beamtengesetzes, soweit Flüchtlinge und Vertriebene in Frage kommen, die infolge Kriegseinwirkung und gegen ihren Willen vorzeitig pensioniert werden,

der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen;

## II. die Petitionen:

1. Nr. 29 der Gewerkschaft Oeffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Ortsverwaltung Wilhelmshaven, um
  - a) Besetzung der Beamtenstellen in starkem Maße mit den noch verfügbaren Berufsbeamten,
  - b) vorläufige Aufhebung der geplanten Besetzung der Beamtenstellen zum 15. Juli 1949 und
  - c) beschleunigte Bildung einer Ausgleichsstelle für Beamte,
2. Nr. 571 des Kreiswohlfahrtsdirektors a. D. Willi Keidel in Bad Sachsa (Harz) um Aufnahme einer Bestimmung in das neue Beamtengesetz, wonach bei solchen schwerkriegsbeschädigten Ruhestandsbeamten, welche infolge ihrer Kriegsschädigung mit einer Kleinstpension unter 200 DM monatlich gesetzlich abgefunden wurden, das Ruhegehalt mit 40% ihres pensionsfähigen Dienstinkommens, mindestens jedoch mit 200 DM monatlich festzusetzen ist,
3. Nr. 1207 von Alfred Broja in Lindau i. B. um Berücksichtigung seiner Vorschläge bei der Beratung des neuen Beamtengesetzes

der Bundesregierung als Material zu überweisen;

## III. die Petitionen:

1. Nr. 1032 von Heinrich Gillian in Aachen um Berücksichtigung auch der langjährigen durch das Naziregime beschädigten Behördenangestellten der Kategorie V des Befreiungsgesetzes bei der Stellenbesetzung und bei der Versorgungsregelung,
2. Nr. 1113 des Studienrats P. Perschk in Dietz/Lahn um Auskunft über die Zuständigkeit der Bundesinstanz für die ehemaligen Reichsbeamten und über die Maßnahmen zur Festlegung der Rechtsstellung dieser Beamten

durch den Beschluß zur Drucksache Nr.216 für erledigt zu erklären;

## IV. die Petition

Nr. 1590 des Deutschen Frauenrings Sitz Hannover betr. Protest gegen die Bestimmungen der §§ 28 und 63 des Beamtengesetzentwurfs

durch den Beschluß zur Drucksache 497 für erledigt zu erklären;

## V. die Petitionen:

1. Nr. 318 des Lehrers a. D. Heinrich Bermpol in Hausberge a. d. Porta um Abstandnahme von der Aufnahme von Bestimmungen in das neue Beamtengesetz, wie sie in der Sparverordnung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vom 19. März 1949 über die Kürzung der Ruhegehälter enthalten sind, und Aufnahme eines Härteparagrafen für die davon bereits betroffenen Beamten,
2. Nr. 703 von Walter Radtke in Wien um Benennung der Behörden als Rechtsnachfolgerinnen der Reichsbank Berlin und

des dortigen Versorgungsamtes, bei denen die Wiederaufnahme der Pensionszahlungen beantragt werden kann,  
als erledigt zu erklären;

VI. die Petition:

Nr. 786 von J. Lorenz in Niederense um Gewährung der vollen Pension

dem Landtag Nordrhein-Westfalen zuständigkeitshalber zu überweisen.

**F. Ausschuß für Kriegsoffer und Kriegsgefangenenfragen  
(26. Ausschuß)**

I. die Petitionen:

1. Nr. 941 von Willy Kruse in Fuhrberg um vermehrte Arbeitsbeschaffung für Schwerbeschädigte und Unterbringung der Schwerehirnverletzten,
2. Nr. 1240 von Herbert Mengel, in Neustadt in Holstein um Erwirkung der Befreiung der noch in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Soldaten im allgemeinen und der Gewährung des Rechtsschutzes für seinen zu zehnjährigem Arbeitslager verurteilten Sohn Achim im besonderen

der Bundesregierung als Material zu überweisen;

II. die Petitionen:

1. Nr. 944 von Walter Brandt, in Westerbelmhusen um unterschiedslose Festsetzung der Kriegsbeschädigtenrenten und höhere Bewertung seiner durch Kriegsschäden herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit,
2. Nr. 1891 des Beauftragten der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Heimkehrer-Verbände, Sitz Duisburg-Hamborn, um Zuziehung eines Vertreters der Heimkehrer-Verbände zu den Beratungen des Ausschusses für Kriegsoffer und Kriegsgefangenenfragen

für erledigt zu erklären;

III. über die Petitionen:

1. Nr. 454 des Deutschen Frauenrings Sitz Hannover. betr. Resolution des Deutschen Frauenkongresses vom 7. bis 10. Oktober 1949 in Bad Pyrmont betr. vordringliche Erledigung der vom Bundestag geplanten Maßnahmen zur Lösung der Flüchtlings- und Wohnraumfrage,
2. Nr. 709 von Hermann Cremer in Espe in Westf. um Einführung eines Aufschlags auf die Preise für Luxusartikel zur Gewinnung von Mitteln für die Kriegsbeschädigtenfürsorge,
3. Nr. 859 von O. Sickfeld in Bad Harzburg um Auskunft über den Inhalt der beim Deutschen Bundestag in der Sitzung vom 4. November 1949 behandelten Anträge bezüglich der einheitlichen Behandlung der Kriegsofferversorgung im Bundesgebiet

zur Tagesordnung überzugehen;

#### IV. die Petition

Nr. 1087 des Bezirksverbands Oberpfalz-Niederbayern des Bundesverbandes der Heimkehrer Sitz Regensburg um sofortige Gewährung einer einmaligen Bekleidungsbeihilfe von 200.— DM an alle Heimkehrer, die am 20. November 1949 weniger als 200.— DM monatlich verdient haben,

zur Beratung im Bundestag für nicht geeignet zu erklären.

#### G. Ausschuß für Fragen der Jugendfürsorge (33. Ausschuß)

##### I. Die Petitionen:

1. Nr. 1311 der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit - Gruppe Württemberg-Stuttgart - betr. Protest gegen die Herstellung und den Verkauf von kriegerischem Kinderspielzeug,
2. Nr. 1784 des SPD-Kreisverbandes Wuppertal um ein Gesetz, das die Herstellung von Kriegs-Spielzeug verbietet,

der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen;

##### II. die Petition

Nr. 439 des Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, um Vorlage des Gesetzentwurfes von Abgeordneten verschiedener Fraktionen des Landtages Nordrhein-Westfalen zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugend-Arbeitsschutzgesetz)

der Bundesregierung als Material zu überweisen.

Bonn, den 27. Februar 1950